

Gezeichnet täglich
frisch 6 $\frac{1}{2}$ M.
Rechtes und Rechteck
Johanniskirche 22.
Sprechstunden der Rechtes:
Vormittag 10—12 Uhr.
Nachmittag 4—5 Uhr.
Für die Rückgabe eingesetzter Belege
muss sich die Rechtes nicht
verabschieden.
Zahlung der für die nächst-
liegende Nummer bestimmten
Summe an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittag, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 9 Uhr.
Bei den Filialen für Aus-Anzeige:
Dito Stern, Universitätsstr. 22,
Doris 26, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N° 279.

Freitag den 10. September 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Postkästen bester Sorte für die Kaiserliche Ober-Postdirektion und die biesigen Stadtpostanstalten für die Zeit vom 1. October 1880 bis Ende September 1881, welcher auf etwa 270,000 kg (gleich 27 Doppelwagen) sich belaufen wird, soll im Wege des Anbietungs-Befahrens vergeben werden.

Eine Zusammenstellung der Lieferungs-Bedingungen kann bei den Kanzlei der Ober-Postdirektion, sowie bei den Postämtern in Chemnitz in Sachsen und Bautzen eingesehen, auch gegen Erstattung der Abschreibegebühren von der biesigen Kanzlei bezogen werden.

Geigene Unternehmer wollen ihre Angebote bis zum 20. d. M. schriftlich bei der Ober-Postdirektion in Leipzig anmelden.

Die Auswahl unter den Bewerbern wird ohne entscheidende Rücksicht auf die Mindestforderung vorbehalten.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Walter.

Bersteigerung von Bauplätzen an der Jacobstraße.

Das der Stadtgemeinde gehörige Bauareal auf der Ostseite der Jacobstraße soll in 5 Baupläte

R. 9 zu 400,00 Quadratmeter,

* 10 : 390,45

* 11 : 499,95

* 12 : 542,15

* 13 : 715,80

eingeteilt zum Verkaufe versteigert werden und betrauen wir hierzu Bersteigerungstermin im großen Saale der Alten Börse, Katharinenstraße 29, II. Etage, auf

Montag, den 13. September d. J. Vormittags 10 Uhr

an.

Derselbe wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Bersteigerung beginnlich eines jeden der in obiger Reihefolge nach einander ausgebötenen 5 Baupläte geschlossen werden, wenn darauf kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Bersteigerungs- und allgemeinen Verkaufsbedingungen sowie der Parcellierungplan und die von uns unter heutigem als obligatorisches Bauregulativ bekannt gemachten Bauvorschriften für das zu versteigende Bauareal liegen in unserem Baumeister, Bauverwaltung, Rathaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18, zur Einsichtnahme aus, wo auch Exemplare derselben gegen Bezahlung (die Bedingungen und Bauvorschriften zu je 20 A. der Parcellierung zu 50 A.) abgegeben werden.

Leipzig, am 13. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin, Gerutti.

Bekanntmachung.

Während der am Freitag, den 10. September d. J., aus Anlaß des XV. deutschen Juristentages stattfindenden Festwoche in neuem Theater und der hieran sich schließenden geselligen Vereinigung auf der Theaterringstraße wird Leyendecker sammt den nach derselben führenden Treppen und den Vergangen, bis zu dem von der Schwanenstraße nach dem Schwanentor führenden Wege (ebod mit Ausdruck des Leyendecker) für das Publicum von 6 Uhr Abends an gesperrt und nur für die legitimierten Teilnehmer offen gehalten.

Leipzig, den 8. September 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Hartwig.

Der deutsch-conservative Buchstabenstaat.

Es gibt doch wunderliche Heilige! Wir erwähnen vor einiger Zeit die Pläne des Herrn v. Heydenbach-Landenbach zur Reorganisation der conservativen Partei. Da der Herr politisch bisher eine ganz unbekannte Größe war und manche Punkte seines Programms von dem conservativen Blättern zurückgewiesen wurden, hat dasselbe nicht die Verbreitung gefunden, die es im Interesse der liberalen Partei verdient. Auch war sein Programma gar langatmig. Nun hat der Herr dem "Reichsboten" eine Erklärung zugegeben lassen, in der, neben einer eingehenden Berichtigung der ihm gemachten Vorwürfe, in einigen von dem genannten Blatt veröffentlichten Punkten das Programm der conservativen Partei, wie Herr v. Heydenbach es wünscht, dargelegt ist. Er hat sich das unangenehme Verdienst erworben, die vollen Consequenzen aus den Grundannahmen der Leute zu ziehen, die sich bei uns conservativ nennen, in Wirklichkeit aber noch Kräften mittelalterliche Zustände wieder herstellen wollen.

Herr v. Heydenbach wünscht — so schreibt die "R. C." — eine Annäherung aller Elemente, die 1) für Kaiser und Reich und für das verfassungsmäßige Recht der einzelnen deutschen Staaten und Fürsten in kaiserlicher Weise einstehen wollen, welche 2) die fiktive Durchdringung des gesammelten Volks- und Rechtslebens mit den lebendigen Kräften des Christenthums verlangen, die 3) die größtmögliche Unabhängigkeit der christlichen Kirchen und ein freudliches Zusammenspielen derselben mit dem Staat zum Wohle des Volkes anzstreben, sowie vor Allem sich verpflichtet fühlen, für eine gründliche Revision der Maigesetze als Anfang einer kirchenfreudlichen Politik zu wirken, die 4) es offen aussprechen, daß sie als den Kern der sozialen Frage den Streit zwischen Kapital und Arbeit erkennen und keinesfalls nachdrücklich fordern, daß eine gerechte Vertheilung ihres Ertrages durch Beseitigung der unzureichenden und die Massen corrumptirenden Besitztheile des großen mobilen Capitals angestrebt wird, die 5) den Bruch mit dem Prinzip der schrankenlosen Concurrenz und des Geschäftsauslands von Seiten des Staates als eine Hauptforderung für die notwendigen Ausgleichungen und für die klärtige "Ordnung" betrachten, die 6) gegen die verschiedensten jüdischen Übermusterungen sichere Schranken errichtet sehen wollen, die 7) die möglichst mögliche Sparsamkeit im Reichs-, Staats- und Communalhaushalte, insbesondere auch im Militärausweisen gelbt zu sehen wünschen und sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Finanzmächten inszenierte systematische Borgwirtschaft erklären, die 8) die Notwendigkeit anerkennen, daß

Feudalismus nicht die Rebe war. Während das mobile Capital, resp. sein Ertrag möglichst gleich vertheilt werden soll, wird die Aufhebung oder doch durchgreifende Beseitigung der Theilbarkeit des Grundbesitzes befürwortet. Natürlich wäre es ja herrlich, einige Tausende von Großgrundbesitzern und ein paar hunderttausend Bauern von einer Schaar abhängiger jüngerer Familienmitglieder, bei Lebzeiten etwa in der Eigenschaft als Knechte, umgeben den Staat bedrohlich zu sehen. Der Staat als allgemeine Vorbeherrschung in rein weltlichen Dingen räumt mit dem Gehobenen der Concurrenz gründlich auf. Für jeden Ort wird eine bestimmte Zahl allein berechtigter Meister festgesetzt, die "Bönbäder" werden gerichtlich verfolgt. Ein Geselle, der Meister werden will, muß Meistersohn sein oder eine Meisterschwester resp. Tochter heiraten. Jeder, der nicht das Bürger- resp. Meisterrecht zu kaufen vermag, oder für hohen Preis Mitglied einer Kaufmannsgilde wird, kann nach dem Heimabhort "abgeschoben" werden; wer betrachtet will, hat der Gemeindebehörde oder Polizei ein bestimmtes Vermögen oder Einkommen nachzuweisen; ist er ländlicher Arbeiter, so kann ihm der Gutsbesitzer den Heiratsconsens verfassen. Jeder Arbeiter muß einen hohen Theil seines Lohnes einer bestimmten Fasse zahlen und verliert das Recht an seine Einnahmen, wenn er den Ort oder das betreffende Gewerbe verlassen will. So nach Janungen oder Gewerkschaften wird ihm nach ihrem Tatsache die Normalarbeitszeit von den Meistern bestimmt, welche natürlich jede Fasse verwalten. Gleichzeitig wird, wie noch heute in vielen Innungscassen, schließlich, so helfen ihm seine beruflichen Aufsätze im Fall der Krankheit, des Alters, der Invalidität und des Todes gar wenig. Während überall sonst der Anzug eingeführt wird, darf höchstens Jeder als Richtkanzler auftreten, "als Gewerbe der Richtkanzle" bläßt nichtig auf. Meister, Großgrundbesitzer und Großbauern, denen man gnädigst einige Vertreter der Großbauern delegiert, vertreten das Volk in neuen Städtedversammlungen, natürlich in erster Linie jeder seinen Stand, wobei dann tatsächlich die Regierung in den meisten Fällen thun kann, was sie will. Wer nicht Meister, Großgrundbesitzer, Großbauern oder Großbauer ist, hat das Privileg, sich von diesen Herren scheeren zu lassen.

Das ist der Idealstaat des Herrn v. Heydenbach; das sind aber auch zum großen Theil die Fortbewerke, welche die sogenannte deutsch-conservative Partei auf ihr Banner geschrieben hat und bewahrt oder unbewußt verfolgt. Sowohl rechts wie in ihrer Geläufigkeit im Zeitalter des Damaskos und der Elektricität sind, so müssen doch die Liberalen auf der Hut sein, damit eine klerikal-conservative Coalition auch nicht auf lange Zeit ein gut Theil davon verwirklichen kann. Wohin ein solches Staatswesen gelangt, das haben die Tage der französischen Revolution gezeigt.

Politische Übersicht.

Leipzig, 9. September.

Niemand, selbst unsere "strengh liberalen" Gegner nicht, wird leugnen können, daß ein elegerischer Ton sanfter Weisheit durch die jüngste Neuerung der secessionistischen Presse geht, fast ein Anhänger von Helmuth oder gar von Neuß über einen Schritt, der so nicht gethan werden durfte. Denn weder hat die vielberuhigte Aussichtserklärung seine Notwendigkeit dargeworben, noch kann eine fühlbare Verlegung die Liberalen auf der Hut sein, damit eine klerikal-conservative Coalition auch nicht auf lange Zeit ein gut Theil davon verwirklichen kann. Wohin ein solches Staatswesen gelangt, das haben die Tage der französischen Revolution gezeigt.

Der Staat ist der Ausdruck der Willkür des Parlaments.

Ausgabe 16,200.

Ausgabenpreis vierfach 4 $\frac{1}{2}$ M.,
incl. Beigabe 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.,
Preis einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 40 Pf.
Inserate 5 pf. Zeitungs 20 Pf.
Schöne Schriften zum unteren
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Kosten unter dem Rechtespreis
die Spaltseite 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Spezies
zu legen. Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praezisionsweise
oder durch Postvertrag.

lange eine unsichere bleiben müssen, als wir nicht eine größere Klarheit über die Ziele und Wege der neuen Partei haben, eine Klarheit, wie sie die bevorstehende Versammlung hoffentlich bringen wird.

Diese Hoffnung scheint sich schließlich erfüllt zu haben, denn was bis jetzt über die Verhandlungen des "Parteitages" verlautet, folgt dem bekannten etwas wesentlich Neues nicht hinzu. Es wurde, wie man uns mittheilt, von verschiedenen Seiten nochmals ein besonderes Gewicht darauf gelegt, zu betonen, daß die "liberale Gruppe" von jeder feindseligen Tendenz gegen die verwandten Richtungen zu ihren beiden Flanken fern sei, und daß es nicht an ihr liegen würde, wenn sich ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen den drei Compagnien der Linten nicht erzielen ließe. Auch darüber soll man sich klar gewesen sein, daß eine Constitution der Gruppe zu einer Fraktion nicht umgangen werden könne, schon um der Vortheile thilhaftig zu werden, welche die parlamentarische Usonance nur den geschlossenen Fraktionen verleiht. Man darf sich also auf vollständige Motivierungen des berühmten "Manifestes" gesetzt machen.

Von bemerkenswerthem Interesse ist ein Artikel der "Provinzial-Correspondenz" über die neue Gruppe. zunächst schildert das halbmäßige Blatt die Personen der neuen Partei:

Es ist der linke Flügel der Partei, der seinen Auftritt erklärt, und es befindigt sich auch die Parteiausstellung, daß dieser Flügel die Minorität der Fraktion gebildet hat, was von nicht verbündete, in wichtigen Fragen der Partei eine Oppositionstellung aufzuzeigen, welche die sogenannte deutsch-conservative Partei auf ihr Banner geschrieben hat und bewahrt oder unbewußt verfolgt. Sowohl rechts wie in ihrer Geläufigkeit im Zeitalter des Damaskos und der Elektricität sind, so müssen doch die Liberalen auf der Hut sein, damit eine klerikal-conservative Coalition auch nicht auf lange Zeit ein gut Theil davon verwirklichen kann. Wohin ein solches Staatswesen gelangt, das haben die Tage der französischen Revolution gezeigt.

Eine längere Auseinandersetzung widmet die "Prov.-Corresp." sobald dem im Mittelpunkte des "Manifestes" stehenden Ausdruck „wahrhaft constitutionelles System“:

Dieser Satz erregt logisch Befremden. Schon die Wahl des Kunstausdrucks „constitutionelles System“ ruft ein solches hervor. Dieser Ausdruck war neugeboren aus unserer politischen Sprache verschwunden. Er war außerordentlich beliebt, als der deutsche Liberalismus seine Vorbilder aus dem politischen Leben Frankreichs unter der Julidynastie nahm. Als aber schon vor dem Jahre 1848 die Seite dieses Zusatz nicht mehr anerkannt wurde, als eine radikale Richtung sich als Demokratie aufstellt, da wollten die gemäßigten Liberalen das Vorbild der Vereinigung der Freiheit mit der Monarchie nur noch in England finden, und als Kunstausdruck für das, was man dort zu finden glaubte und bei uns erfreute, kam der Name „parlamentarische Regierung“ auf.

Warum haben die Unterzeichneten diesen Namen nicht gewählt? Erklären ihnen der von ihnen beliebte eine unverbindliche? Wenn der Ausdruck „parlamentarische Regierung“ dem einfachen Wortlaut nach verstanden würde, so würde die Anwendung des Namens und der Sache in der bei und herrschenden Regierungswelt überall angenommen werden; denn Niemand will die große Wirklichkeit der parlamentarischen Körperchaften, welche ihnen die Verfassung des Reichs wie des preußischen Staates beilegen, einzengen oder gar beschränken. Parlamentarische Regierung in dem Sinne, daß die Regierung in wesentlichen Funktionen an die Wirkung des Parlaments gebunden ist, herrscht bei uns und wird nicht bekämpft. Allein die herrschende politische Sprache legt in dem Ausdruck eine Bedeutung, welche der Wortlaut nicht ergiebt; sie versteht unter parlamentarischer Regierung die alternierende Parteidisposition, deren Wechsel durch die Abstimmungen des Parlaments regulirt, durch die Stimme, welche auf die Entscheidung ohne Einfluss ist, formal bestätigt wird. Zu diesem System gehört vor Allem, daß alle politische Kraft des Landes und des Parlaments in den Dienst zweier sich in der Regierung abwechselnder Parteien gestellt ist. Sobald ein Konsort eintritt, wo die Regierung nicht zwischen zwei Parteien wechselt, sondern von Partei zu Partei ins Unbestimmt übergeht, ist der Verfall des Staates und des Volkes in die unmittelbare Nähe gerückt. Die Parteidisposition ist nur dadurch erträglich, daß mit Hilfe gebracht ist. Diese Hoffnung wird jedoch so, dem Sturz einer Regierung die einzige immer vor-